

**One Stop Europe 2013 – Konferenzbericht**

Das prominent besetzte Eröffnungspodium (v. l. n. r.): Norbert Brugger (Städtetag Baden-Württemberg), Staatsrätin Gisela Erler (Staatsministerium), Prof. Dr. Ortwin Renn (Universität Stuttgart), Johannes Stingl (Gemeindetag Baden-Württemberg)

### One Stop Europe 2013: Chancen und Perspektiven angewandter Bürgerbeteiligung

Für eine Stärkung der repräsentativen Demokratie durch die Aufnahme von Modellen direkter Bürgerbeteiligung sprach sich die siebte internationale Konferenz One Stop Europe (OSE) in Ludwigsburg aus. Die OSE wurde gemeinsam organisiert von der Alcatel-Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung, der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finan-

zen Ludwigsburg und der Zeppelin Universität Friedrichshafen.

Als Schirmherr wirkte Senator Dr. Herbert O. Zinell in seiner Funktion als Ministerialdirektor des Innenministeriums Baden-Württemberg. Mit einem aktiven Plädoyer für neue Ideen eröffneten vor mehr als 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Verwaltung, Wissenschaft, Verbänden und Politik Dr. Claudia Stöckle, Rektorin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, und Dr. Erich Zielinski, Direktor der Alcatel-Lucent Stiftung, die zweitägige Fachveranstaltung am 18. und 19. April 2013 im Rahmen der Feierlichkeiten zum 40-jährigen Bestehen der Hochschule in deren Räumen.

In seinem engagierten Grußwort sprach sich Dr. Herbert O. Zinell für eine Ausweitung der Chancen der Bürgerbeteiligung im Rahmen der „Politik des Gehörtwerdens“ aus. Dazu sei es erforderlich, Verwaltungsprozesse weiter zu vereinfachen und die Vor-



Dr. Claudia Stöckle, Rektorin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg



*Herbert O. Zinell, Innenministerium Baden-Württemberg*

gänge verständlicher darzulegen. Auch die Zugänglichkeit der Bürger zu aufbereiteten Informationen müsse noch deutlich verbessert werden.

Dafür habe die Landesregierung jetzt das informative neue BW-Bürgerbeteiligungsportal online gestellt (<http://beteiligungportal.baden-wuerttemberg.de/>).

Ein „Behördenzuständigkeitsfinder“ soll den Dialog der Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung erleichtern. Herbert O. Zinell beschrieb das Konzept des Open Government mit seinen Open-Data-Lösungen auch als Chance für wirtschaftliche Impulse zugunsten von Mittelstand, Selbstständigen und Betrieben.

### **Wege der direkten Bürgerbeteiligung in der repräsentativen Demokratie**

Unter der Moderation des Leitenden Ministerialrates Georg Schäfer aus dem Innenministerium Baden-Württemberg führten vier Fachexperten in das Thema „Bürgerbeteiligung – Wie geht es eigentlich richtig?“ ein. Dabei hob Georg Schäfer hervor, dass Po-



*Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg*



*Prof. Dr. Ortwin Renn (Universität Stuttgart) (links) mit Prof. Dr. Jörn von Lucke (Zeppelin Universität Friedrichshafen)*

litik, Verwaltung und Bürgerschaft noch am Anfang ihrer Erfahrungssammlung stünden. Wie aber solle man direkte mit repräsentativer Demokratie verknüpfen? Gibt es Modelle oder gar „Rezepte“?

Von fertigen „Rezepten“ riet Professor Ortwin Renn (Universität Stuttgart) in seinem Einstiegsvortrag entschieden ab. Es gäbe kein festes Lösungsmodell. Jeder Beteiligungsprozess sei anders und bedürfe einer individuellen Strategie.

Ortwin Renn wies in seinem Beitrag darauf hin, dass für das Entstehen von Bürgerprotest in der Regel eine Kombination verschiedener Faktoren ursächlich sei. Eine große Rolle spiele ein zunehmender Vertrauensverlust der Bürger in die Problemlösungskompetenz der Politik. Zudem werde immer mehr die Gemeinwohlorientierung einzelner Projekte angezweifelt und die Unabhängigkeit sowie die Gerechtigkeits sensibilität von handelnden Akteuren in Frage gestellt. Weniger als zehn Prozent der Bürger trauen der Politik die Fähigkeit einer Problemlösung zu. Vor diesem Hintergrund dürfe Bürgerbeteiligung nicht bedeuten, auf Konflikte zu warten, um dann erst die Menschen anzusprechen. Angesichts des Vertrauensverlustes seien proaktive Bürgerbeteiligungen als geradezu vertrauensbildende Maßnahmen notwendig. Das Gefühl der mangelnden Selbstwirksamkeit bei den Bürgern, d.h. deren Einschätzung, ihr Handeln bewirke nichts, beeinträchtige die Bindung an die Demokratie. Partizipation benötige Identifikation mit der Modernisierung der eigenen Lebenswelt. Veränderungen führen stets zu Interessenverletzungen. Daher solle man kein „Partizipationstheater“ aufführen, sondern offene Verfahren und Offenheit für alternative Optionen zulassen: „Vertrauen Sie auf die Kreativität der Prozesse“, ermutigte der Mediationsexperte die Anwesenden.



Staatsrätin Gisela Erler mit Prof. Dr. Herbert Kubicek, ifib Bremen

Für eine „dynamische Mitmach-Demokratie“, die sowohl auf Jürgen Habermas zurückgreife wie auch die Erfahrungen der Gesellschaft der Schweiz berücksichtige, setzte sich Staatsrätin Gisela Erler ein. Sie registrierte eine „Renaissance von Gemeinwohlthemen“ als neuen Motor von Bürgerbeteiligungen.

Aufgabe kluger Politik sei es, eine neuartige Balance von Minderheit und Mehrheit, von direkter und repräsentativer Demokratie zu finden. Dafür habe die Landesregierung ein Bündel von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Nötig sei eine Art „antizipierendes Bewusstsein“. Das neue Beteiligungsportal soll Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich mit Vorhaben und Gesetzen zu befassen, bevor Verwaltungen und Landtagsparteien sich in der Sache festlegen würden.

Das im Entstehen sich befindende Umweltverwaltungsgesetz wird die Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene regeln. Leitfäden für die Verwaltung und Verwaltungsvorschriften legen eine frühe Form der Bürgerbeteiligung, gegebenenfalls Moderationen sowie Mediationen mit Kostenintegrationen fest. Ferner bedürfe es der Weiterbildung der Verwaltung im Themenfeld der zivilgesellschaftlichen Bürgerbeteiligung. Ergänzt werden sollen die Schritte mit Impulsen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Kommunalparlamenten. Gisela Erler verlangte eine stärkere

*Impressum:*

*Alcatel-Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V., Barkhovenallee 1, 45239 Essen*

*Redaktion und Fotos der Extra-Ausgabe: Welf Schröter, Talheimer Verlag, Medienberatung und Consulting GmbH, Mössingen*



Norbert Brugger, Städtetag Baden-Württemberg

Verankerung sogenannter „aufsuchender Partizipationen“, d.h. die Ansprache jener Bevölkerungsgruppen, die sich bisher nicht an kommunalen Vorgängen beteiligen.

„Nicht Kritik sondern Lethargie gefährdet die Demokratie“, unterstrich Norbert Brugger vom Städtetag Baden-Württemberg. Gute Kommunalpolitik bedeute Bürgerbeteiligung. Es gelte repräsentative und direkte Elemente kommunaler Demokratie in ein nachhaltiges Verhältnis zu setzen. Dazu müsse die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern als Bereicherung des Verwaltungshandelns begriffen werden und nicht als gegnerisches Tun. Der Städtetag habe dazu im Jahr 2012 eigene Empfehlungen veröffentlicht. Wichtig sei dabei auch, die Rolle von Fachexperten zu erkennen. Nicht selten haben diese eine hohe Orientierungswirkung. Es gelte, neue Wege eines ergebnisorientierten Aushandelns zu finden.

Zurückhaltender äußerte sich Johannes Stingl vom Gemeindetag Baden-Württemberg. Man dürfe großstädtische Dialogprozesse in Ballungsräumen nicht auf kleine Gemeinden im ländlichen Raum übertragen. Dort gebe es eine intensivere Nähe zwischen Bürgerschaft und Verwaltung. Auch sei nicht jeder Bürgerwiderspruch mit Gemeinwohlinteresse gleichzusetzen. Nicht selten regiere Eigennutz. Die Idee der erweiterten Bürgerpartizipation stelle für ländliche Gebiete aber eine große Chance dar, die Abwanderung insbesondere junger Menschen zu bremsen. Die Kommunalwahl 2014 biete Raum zum Handeln. Ein „Beteiligungsvakuum“, das jetzt den Gesetzgeber zum Agieren zwingt, könne er nicht erkennen. Es gebe bei kleinen Kommunen keinen Regelungsbe-



darf. Statt erhobenem Zeigefinger der Politik bedürfe es mehr Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung. Die Rolle des Gemeinderats als repräsentativem Gremium gelte es zu sichern. Der Gemeindetag könne sich aber eine Modernisierung der Bürgerbeteiligung – gerade bei größeren Vorhaben – und eine Professionalisierung der Prozessbegleitung vorstellen. Die Gemeinden seien hier lernbereit.

### **Aktuelle Herausforderungen**

Aktuelle Trends der Bürgerbeteiligung aus europäischer Perspektive, aus österreichischer Sicht und aus dem Blickwinkel eines Ballungsraumes bildeten die Eckpunkte des zweiten Podiums unter der Leitung von Professor Robert Müller-Török von der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg.

Vor der Gefahr der Ausbreitung des Populismus und der Single-Issue-Parteien in Europa warnte Dr. Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates aus Straßburg. Bürgerbeteiligung stärke die Demokratie und begrenze politischen Populismus. Erforderlich seien dafür nachhaltige Modelle der Beteiligung, die nicht nur einzelne Projekte oder Anlässe betreffen. Notwendig seien Beteiligungen für perspektivische Planungen z.B. bei Raumordnungs- bzw. Flächennutzungsentscheidungen oder Budgeterstellung. Dabei müsse es die Offenheit für andere Lösungsoptionen geben.

Als Generalsekretär betreibe er ein europaweites Monitoring der Bürgerbeteiligung gemäß der von 47 Staaten unterzeichneten Charta für kommunale Selbstverwaltung. Er sehe eine gewisse Krisenhaftigkeit der demokratischen Prozesse in Europa, da die Mitwirkung



*Dr. Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates*



*Ministerialrat Dr. Alexander Balthasar, Leiter des Instituts für Staatsorganisation und Verwaltungsreform im österreichischen Bundeskanzleramt in Wien*

von unten unzureichend sei. Es entstünde eine wachsende Kluft. Bürger wollten aber Ernst genommen werden: „I want to learn. But I don't want to be talked.“

Als einen von mehreren Handlungsschritten nannte er den Ausbau der Mitwirkung von Nicht-Staatsbürgern aus der EU auf kommunaler Ebene des Inlandes. Die jeweils jährlich im Oktober stattfindende „Europäische Woche der lokalen Demokratie“ biete dafür Diskussionsmöglichkeiten.

Eine rechtstheoretische Analyse der Rolle und Funktion des Stakeholders im Prozess der Partizipation leistete Ministerialrat Dr. Alexander Balthasar, Leiter des Instituts für Staatsorganisation und Verwaltungsreform im österreichischen Bundeskanzleramt in Wien. Er dränge auf eine Verbesserung und Neuerungen im System der repräsentativen Demokratie, um auf diesem Wege den Druck der direkten Demokratieforderungen zu lindern. Verwaltungsrechtlich betrachtet lebe die Partizipation von klar umrissenen und benennbaren Eigeninteressen. Wenn aber politische Entscheidungen nach Individualinteressen getroffen werden, nehme die öffentliche Akzeptanz ab. Man brauche eine Stärkung der Unionsbürgerschaft und eine Ausweitung des im EU-Lissabon-Vertrages angedachten „zivilen Dialoges“.

Die Erfolgsgeschichte „change2“ (sprich: Change im Quadrat) aus der Quadratestadt Mannheim schilderte Robert Erasmy, Teamleiter „Bürgerschaft und Bürgerbeteiligung“ im Fachbereich „Rat, Beteiligung und Wahlen“ der Stadtverwaltung Mannheim. Es sei mit dem seit sechs Jahren laufenden Verwaltungsumbau gelungen, eine überdurchschnittliche hohe Bürgerak-



*Gerald Häfner, Mitglied des Europäischen Parlaments*

tivität anzustoßen. Vierzig Einzelvorhaben und 204 ehrenamtlich Tätige seien in „change2“ gebündelt. Im Zentrum stehe der Bezirksbeirat im jeweiligen Stadtbezirk. Alles, was den jeweiligen Bezirk betreffe, werde vor einer zentralen Ratsentscheidung im Bezirksbeirat vorbereitet und mit der Bürgerschaft diskutiert. Es sei die Anerkennung des Ehrenamts durch die Verwaltung gelungen. Eine interne Vernetzungsplattform fördere den Erfahrungsaustausch zwischen den Beschäftigten untereinander und mit den ehrenamtlich Aktiven. Bestimmte Bürgergruppen würden zudem über Social Media erreicht.

Mit Praxisbeispielen der Bürgerbeteiligung aus Baden-Württemberg und Bayern befasste sich das dritte Panel unter Leitung von Professor Herbert Kubicek vom Institut für Informationsmanagement (ifib) in Bremen. Er fragte nach erfolgreichen Verknüpfungsmöglichkeiten des Open Government mit Bürgerbeteiligung.

### **Praxisbeispiele der Bürgerbeteiligung**

Ministerialrat Stefan Jaud aus dem Innenministerium Baden-Württemberg schilderte anhand von Einzelbeispielen Chancen und Hemmnisse von Bürgerbeteiligung. Die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern z. B. an den Planungen zum Ausbau der Autobahn A6 sei nicht geglückt. Die Informationen seien von Fachleuten für Fachleute sprachlich aufbereitet worden. Ein Laie könne kaum etwas verstehen. Das Material sei unübersichtlich und vom Datenvolumen zu groß. So könne Transparenz nicht wachsen.

Erfolgreich sei dagegen der Bürgerdialog zum Ausbau der Bundesstraße B 27 am Tübinger Kreuz verlaufen. Bürger hätten eine neue Option entwickelt, die sich bei den Verwaltungen und der Politik dann durchgesetzt hat.



*Ministerialrat Stefan Jaud,  
Innenministerium Baden-Württemberg*

Das Netz diene dabei als hilfreiche Datendrehscheibe. Das neue Bürgerbeteiligungsportal soll verschiedene Ministerien bei Infrastrukturvorhaben unterstützen.

Die „Leitlinien Bürgerbeteiligung“ der Stadt Heidelberg bildeten den Mittelpunkt des Vortrages von Professor Helmut Klages von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Ziel der Leitlinien sei der kooperative Interessenausgleich nicht der konfliktorientierte Diskurs. Achtzig Prozent der Bürgerinnen und Bürger befürworteten Bürgerbeteiligung. Aber wie können sie dies umsetzen? Es brauche zuverlässig verfügbare Beteiligungsansätze. Eine Beteiligung müsse über mehrere Prozessstufen hinweg gelingen. Grundlage seien Verhaltensregeln für Verwaltung und Bürgerschaft, um Misstrauen abzubauen.



*Prof. Dr. Helmut Klages, Deutsche Universität  
für Verwaltungswissenschaften, Speyer*



*Werkstattgespräch der One Stop Europe 2013 mit (v.l.n.r.): Prof. Dr. Helmut Krmar (Technische Universität München) (Moderator, stehend), Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Prof. Dr. Ortwin Renn (Universität Stuttgart), Prof. Dr. Roland Geitmann (Verein Mehr Demokratie e.V., Kehl), Prof. Stefan Faiß (Juristen für Stuttgart 21), Mag. Daniela Musiol (Verfassungssprecherin und Sprecherin für Bürgerbeteiligung der österreichischen Grünen, Abgeordnete zum Nationalrat, Wien)*

Über eine gelungene Verankerung demokratischer Beteiligungsrechte berichtete Gerald Häfner, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Partei Die Grünen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Schweiz wurde in Bayern im Jahr 1995 mit Hilfe eines Volksentscheids die Möglichkeit der kommunalen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in der Landesverfassung verankert. Seit dem sind fast zweieinhalbtausend Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in bayrischen Kommunen realisiert worden. Die genannten Elemente der direkten Demokratie haben die Identifikation der Bürger mit ihren Gemeinden und Städten erhöht. Gerald Häfner betonte, dass die Kreativität der Bürgerschaft eine wertvolle Bereicherung für die Kommunalentwicklung darstelle. Es gelte nun verstärkt diesen „ungehobenen Sachverstand“ zu bergen.

### **Faszination Partizipation?**

Das Werkstattgespräch der One Stop Europe 2013 am Ende des ersten Tages führte die verschiedenen Linien der Argumentationen zusammen. Professor Helmut Krmar von der Technischen Universität München nahm seine Rolle als Moderator als Möglichkeit, den Vortragenden knifflige Fragen zu stellen: Was fasziniert an der Bürgerpartizipation? Welche zentralen Herausforderungen gibt es?

Mag. Daniela Musiol, Verfassungssprecherin und Sprecherin für Bürgerbeteiligung der österreichischen Grünen sowie Abgeordnete zum Nationalrat in Wien, nannte drei Herausforderungen: Wer ist berechtigt, beteiligt zu werden? Zu welchem Zeitpunkt sollte

die Bürgerbeteiligung einsetzen? Wer bereitet für die Bürger die Informationen verständlich auf?

Weniger Lobbyismus und mehr Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, wünschte sich Werner Spec, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg. Die Kultur der Bürgerbeteiligung sollte mehr als „anlassfreie Partizipation“ verstanden werden, die strategische Entwicklungen angeht, mehr das große Ganze im Blick hat und sich für generationengerechte Finanzierungen einsetzt. Und: „Es gibt keine zu frühe Bürgerbeteiligung.“ Derzeit erlebe man so etwas wie ein „kreatives Chaos“. Die Bürger wollen beteiligt werden, und manch gewähltes Gremium sehe dies mit Skepsis.

Als einer der „Juristen für Stuttgart 21“ hob Professor Stefan Faiß die Herausforderung der Berechtigung hervor. Der „Filderdialog“ am Rande von „Stutt-



*Werner Spec, Oberbürgermeister Stadt Ludwigsburg*





*Robert Erasmy, Stadtverwaltung Mannheim*

gart 21“ habe sowohl jene angesprochen, die direkt von Baumaßnahmen betroffen sind, wie auch jene, die entfernt davon wohnen. Je früher die Bürgerschaft beteiligt werde, umso besser.

„Wir stecken mit der Entwicklung der Demokratie noch in den Kinderschuhen. Bürgerbeteiligung ist ein Teil davon.“ Mit dieser Äußerung überraschte Professor Roland Geitmann vom Verein Mehr Demokratie e.V. aus Kehl nicht nur den Moderator. Aus seinen Erfahrungen als früherer Oberbürgermeister halte er die Schaffung von Glaubwürdigkeit für einen entscheidenden Punkt. Man brauche mehr Transparenz, mehr Offenheit für andere Optionen sowie eine Öffnung der Gemeindeordnung. Vor allem müsse man Bürgerbeteiligung auch nach der Entscheidung in der Umsetzungsphase fortführen.

Für eine Änderung der Einstellung der Politik trat Franz-Reinhard Habbel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes aus Berlin ein. Die Politik solle die Bürger gewinnen, indem sie loslasse. Es brauche eine neue Balance zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft. Man müsse Infrastrukturen für Bürgerbeteiligungen aufbauen. Derzeit gebe es 46 Großprojekte in Deutschland mit einem Volumen von ca. 40 Milliarden Euro. Da die Bürgerbeteiligung an vielen Fällen fehlt, geraten die Vorhaben ins Stocken. Im Jahr 2014 gebe es elf Kommunalwahlen. Rund 100.000 Mandate werden vergeben. Darin liege eine Chance, für mehr Vertrauen in die repräsentative Demokratie zu werben.

Die Zukunft der Kommunen braucht viele Talente. Doch derzeit werde die Kreativität der Bürgerinnen und Bürger noch nicht ausreichend genutzt. Deshalb müsse man durch Partizipation „neue emotionale Heimaträume“ schaffen. Zeitabläufe, zeitliche Anschluss-



*Dr. Alexander Balthasar im lebendigen Dialog*

fähigkeit, Zeitgerechtigkeit und mehr Verbindlichkeit von Ergebnissen sollten als Vertrauensbasis ermöglicht werden, unterstrich Professor Renn: „Wir brauchen eine Folgenabschätzung von Ergebnissen in komplexen Umgebungen.“ Ortwin Renn warnte vor der sich ausbreitenden „Beteiligungsverdrossenheit“ enttäuschter Bürgerinnen und Bürger.

In der Plenumsdiskussion galt die Aufmerksamkeit einerseits der Rolle des Gemeinderates. Viele Mitglieder dieses Gremiums fühlen sich durch aktive Bürgerbeteiligung in ihrer gewählten Rolle beeinträchtigt. Man müsse die Verfassungsgrundlagen der repräsentativen Demokratie bewahren. Demgegenüber hielten andere Diskutanten die Bürgerbeteiligung für ein wesentliches Bindemittel des sozialen Zusammenhalts, um das Auseinanderdriften von Politik und Bürgerschaft zu stoppen. Gemeinderäte seien vom Souverän Beauftragte auf Zeit.

Eine andere Diskussionslinie wandte sich dem Thema Niederschwelligkeit zu. Man dürfe die Bürgerbeteiligung nicht einer „Internetaristokratie“ überlassen. Man müsse sozial schwächere Gruppen und sozial Benachteiligte wie etwa Migrantinnen und Migranten aktiver einbeziehen.



*Rektorin Dr. Claudia Stöckle dankte den Studierenden.  
(Foto: Hochschule Ludwigsburg)*

## OSE-Soirée mit Dinner Speech

Zum Abschluss des ersten Konferenztages hielt die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg, Gisela Erler, ihre Dinner Speech. Zuvor ergriffen Alf Henryk Wulf, Kurator der Alcatel-Lucent Stiftung, und Dr. Claudia Stöckle, Rektorin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, das Wort, um die Bedeutung der OSE für die Ausbildung der Studierenden zu würdigen. Die Organisation der Fachkonferenz erfolgte von Studierenden unter Anleitung durch Professorin Birgit Schenk.

Einen Blick in die nahe Zukunft wagte Gisela Erler in ihrer Dinner Speech. Es sollte eine konkrete Utopie der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg werden. Ausgangspunkt ihrer Analyse war das wachsende Unbehagen unter Bürgerinnen und Bürgern über die Praxis der demokratischen Kultur im Land. Die Gesellschaft brauche mehr Lösungsorientierung und weniger Konfrontation. Neben dem demografischen Wandel gelte es, auch einen demokratischen Wandel hin zu einer demokratischeren sowie „bunten“ Gesellschaft zu bewerkstelligen. Gisela Erler plädierte für eine neue Vertrauenskultur, fügte aber an, dass totale Transparenz kein Vertrauen schaffe. Es müsse auch „Fehlertoleranz“ geben. Transparenz gelinge nur mit klaren Regeln. Als Staatsrätin wolle sie dazu beitragen, die Bürgerbeteiligung „in der DNA des Landes“ zu verankern. Dies könne in Gestalt von verfahrensmäßig festgelegten „Beteiligungskonferenzen“ bei Infrastruktur- und größeren Bauprojekten geschehen. Sie könne sich in Zukunft auch Bürgerhaushalte als Beteiligungsthema vorstellen – warum nicht ebenso auf Landesebene. Im Hinblick auf die Hochschulen wünsche sie sich einen Ausbau der Forschung und der Weiterbildung. Vor allem aber müsse die Idee der „aufsuchenden Beteiligung“ gestärkt werden, um be-



*OSE-Podium (v.l.n.r.): Dr. Siegfried Mauch (Führungsakademie Baden-Württ., Karlsruhe), Franz-Reinhard Habel, (Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Berlin), Dr. Robinson Aschoff (Universität Zürich), Dr. Saskia Richter (Universität Hildesheim)*



*Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes*

nachteiligte Gruppen besser in demokratische Verfahren einzubeziehen.

## Nachhaltigkeit von Bürgerbeteiligung

Den zweiten Konferenztag der OSE eröffnete Dr. Siegfried Mauch von der Führungsakademie Baden-Württemberg in Karlsruhe mit der Vorstellung des Panels über Nachhaltigkeit in der Bürgerbeteiligung. Mit einer beeindruckend kreativen und lebendig vortragenen Rede skizzierte Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes aus Berlin, seine Perspektive der Entwicklung der bürgerschaftlichen Beteiligungskultur.

Aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes bildet die Bürgerbeteiligung eine große Chance für die Zukunft der Kommunen und eröffnet neue Optionen für Kooperationen in der Kommune. Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sei die Zeit des Suchens gewesen. Das Folgejahrzehnt könne als Zeit des Teilens angesehen werden. „Teilen statt Besitzen“ sei die Perspektive. Mit der „Bürgerbeteiligung 2.0“ sei aber zugleich auch eine wachsende Fragmentierung und Parzellierung der Gesellschaft zu erkennen. Wie stehen die Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Staat und zur repräsentativen Demokratie? Franz-Reinhard Habel forderte mehr Gemeinsamkeiten in einer angereicherten repräsentativen Demokratie, um mehr Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Es sei nun ein neuer gesellschaftlicher Dialog über den demokratischen Grundkonsens notwendig. Mehr Transparenz dürfe zugleich nicht zu mehr sozialer Asymmetrie führen. Bis zum Jahr 2020 könnten alle Haushalte am Netz sein. Digital Divide müsse vermieden werden. Nicht „TINA“ („There Is No Alternative“) sondern ein „Weg zur offenen Mit-Mach-Stadt-Philoso-





*Dr. Saskia Richter, Universität Hildesheim*

phie“ sei die Aufgabe. Die Kommune müsse ein „Ermöglichungsraum“ werden. Dazu brauche es stabile Kommunikation und Netzneutralität, um Nachhaltigkeit bei „flüssigen Infrastrukturen“ zu gewährleisten. Nachhaltigkeit brauche Nachvollziehbarkeit.

Wie können Bürger auf kommunaler Ebene zu unternehmerisch handelnden Akteuren werden? Dieser Frage geht das Projekt „e-Zürich“ nach, vom dem Dr. Robinson Aschoff vom Institut für Informatik der Universität Zürich berichtete. Er wolle ein kommunales „Innovationslabor“ schaffen, das verschiedene wertschöpfungsorientierte Stakeholder (Wirtschaft, Stadt, Bürger, Wissenschaft) verknüpfe. Sein Leitbegriff lautete „Citizen Entrepreneurship“. Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, kleine Innovationen und kreative Unternehmungen aus ihrer unmittelbaren Lebensumgebung heraus zu starten. Dazu sei der Aufbau von Communities hilfreich.

Dr. Saskia Richter von der Universität Hildesheim betrachtete den Zusammenhang von Bürgerbeteiligung und sozialem Unternehmertum. Darunter sei der „Dritte Sektor“ zu verstehen, in dem mit unternehmerischen Mitteln soziale Ziele erreicht werden sollen. Ein „Social Entrepreneurship“ kann Bürgeraktivitäten und Bürgerbeteiligungen auf kommunaler Ebene unterstützend vorantreiben. Saskia Richter sah darin einen notwendigen Baustein für die politische Erwachsenenbildung und für die Demokratiekultur. Zudem erleichtere „Social Entrepreneurship“ die Integration von benachteiligten Gruppen.

### **Open Innovation**

Unter der Moderation von Professorin Schenk von der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Fi-



*Prof. Dr. Jörn von Lucke, Zeppelin Universität*

nanzen Ludwigsburg startete das abschließende Podium zum Thema „Open Innovation“. Neue Formen der Zusammenarbeit von Bürgerschaft und Verwaltung konnte sich Professor Jörn von Lucke aus der Zeppelin Universität Friedrichshafen vorstellen. Dazu seien IT-Lösungen im Sinne eines „Open Government“ als offenes Wissensmanagement sinnvoll. Ein offenes Verwaltungshandeln solle die Begriffe „Liquid Democracy“ und „Liquid Feedback“ aufgreifen. Soziale Innovationen können zur Öffnung der Verwaltung beitragen: „Die Zivilgesellschaft wird zum Treiber für Open Innovation“ (von Lucke). Anhand zahlreicher Beispiele wie etwa die erfolgreiche Crowdfunding-WebSite [www.startnext.de](http://www.startnext.de) oder <https://fragdenstaat.de> beschrieb Jörn von Lucke die Kreativpotenziale für gelungene Open Innovation-Prozesse.

Für eine Verbindung von kommunalem Innovationsmanagement und Bürgerbeteiligung trat Johann Herzberg M.A. von der Landeshauptstadt Stuttgart, Bereich eGovernment und IT-Strategie, ein. Durch ein vorausschauendes, partizipatives Innovationsmanagement können Probleme und Widersprüche bei der Legitimation von ständigem Changemanagement verringert werden. Partizipation sei ein Lernprozess. Bürger lernen, die Verwaltung lernt. Lernen finde in der Regel an Widerständen statt. Die Bürger seien Träger impliziten Wissens, die Verwaltung sei Trägerin expliziten Wissens. Durch Open Government könne eine Kollaboration und Koproduktion erfolgen. Erzielt werden sollen sowohl Problemlösungen wie auch Legitimationen. Auch die „weiche Legitimation“ als psychologische Zustimmung sei wichtig.

Die aktuellen Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeiten zum Vorhaben „eSociety Bodensee 2020“ stellten Katharina Große M.A. und Mag. Celina Raffl



OSE-Podium „Open Innovation“ (v.l.n.r.): Prof. Dr. Birgit Schenk (Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg)(Moderatorin), Prof. Dr. Jörn von Lucke (Zeppelin Universität Friedrichshafen), Johann Herzberg M.A. (Landeshauptstadt Stuttgart), Katharina Große M.A. und Mag. Celina Raffl (beide Zeppelin Universität Friedrichshafen)

– beide von der Zeppelin Universität Friedrichshafen – in einem gemeinsamen Vortrag dar. Das Projekt beschäftigt sich mit offenen Innovationen zur Lösung gesellschaftlicher Fragen vor Ort. Die Bodenseeregion mit ihren Partnern aus Österreich, Schweiz und Deutschland möchte bis zum Jahr 2020 eine Vorreiterregion für bürgerschaftliches Engagement, Kreativität und Innovationspotenzial werden. Mit Hilfe des Projektes sollen die relevanten Akteure und ihre Motivationen für diesen Veränderungsprozess identifiziert werden. Das Projekt werde unter anderem Handlungsanleitungen für die Beteiligten in der Region hervorbringen. Das Praxislabor lasse zudem eine Art „Werkzeugkasten“ entstehen, der offene gesellschaftliche Innovationen befördere. Unter dem Leitthema „Bis bald in der eSociety“ werden das Pilotprojekt „Museum der Zukunft“ und das Vorhaben „Visualisierung von Haushaltsdaten“ betreut. „eSociety Bodensee 2020“ arbeitet zusammen mit Prof. Dr. Hans-Dieter Zimmermann, Leiter des interdisziplinären Forschungsbereichs eSociety an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, St. Gallen, Schweiz, Institute for Information and Process Management IPM. Einer seiner Schwerpunkte liegt im Bereich Social Media und eSociety.

Am Ende der zweitägigen Konferenz dankten Professor Eberhard Ziegler, Prorektor der Hochschule für



Prof. Eberhard Ziegler, Prorektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg



Dr. Erich Zielinski, Direktor der Alcatel-Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung

öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, und Dr. Erich Zielinski, Direktor der Alcatel-Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung, Stuttgart, den Veranstaltungspartnern für die gute Kooperation. Ein besonderer Dank ging an das studentische Vorbereitungs- und Umsetzungsteam unter der Leitung von Professorin Schenk. Professor Ziegler wies in seinen abschließenden Worten auf die Bedeutung der One Stop Europe für die Managementausbildung in der Ludwigsburger Hochschule hin.

In seinem Schlusswort unterstrich Dr. Erich Zielinski die gute Gesprächsatmosphäre und den „fruchtbaren Dialog“ der One Stop Europe 2013. Das diesjährige Thema der Bürgerbeteiligung stelle eine große und auch langfristige Herausforderung dar. Der Prozess werde sicher mehr als ein Jahrzehnt benötigen, um alle Erwartungen und technischen Anforderungen einzulösen. Die OSE 2013 konnte auf frühere Schwerpunktthemen vergangener One Stop Europe-Tagungen zurückgreifen wie etwa auf E-Government 2010 und 2011 sowie Open Government 2012.

**Lesehinweis:**

Alcatel-Lucent Stiftung (Hg.): One Stop Europe – Angewandte Bürgerbeteiligung. Stiftungsreihe 103, 2013. Redaktion: Erich Zielinski, Petra Bonnet.